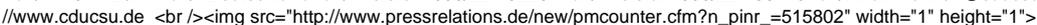




Film für alle wird endlich Realität

Film für alle wird endlich Realität
Auch das filmische Erbe Deutschland soll Hör- und Sehgeschädigten nicht vorenthalten bleiben
Am heutigen Donnerstag verabschiedet der Deutsche Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen "Barrierefreies Filmangebot umfassend ausweiten - Mehr Angebote für Hör- und Sehbehinderte" (Drs. 17/7709). Dazu erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), und der zuständige Berichterstatter Marco Wanderwitz: "Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für den barrierefreien Zugang zu Spiel- und Dokumentarfilmen für alle ein. Alle öffentlich geförderten Filme müssen zukünftig für Hör- und Sehgeschädigte ausgestattet sein. 11,7 Prozent der Bevölkerung leben mit einer Behinderung. Aber nur eine verschwindend geringe Anzahl von Filmen war bislang barrierefrei zugänglich. Dieser unhaltbare Zustand wird geändert. Der Antrag von CDU/CSU und FDP hat die Bundesregierung vor einem Jahr aufgefordert, die barrierefreie Ausstattung öffentlich geförderter Filme als verbindliches Förderkriterium gesetzlich festzuschreiben. Kulturstaatsminister Bernd Neumann MdB setzt dies mit dem Regierungsentwurf für die Novelle des Filmförderungsgesetzes nun sachgemäß und problembewusst um. Untertitel und Audiodeskription für Sehgeschädigte werden verpflichtend. Im Gesetzentwurf wird auch die behindertengerechte Umrüstung von Kinosälen stärker begünstigt. Auch die Richtlinien des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) werden zu Jahresbeginn entsprechend geändert. Damit steht Hör- und Sehgeschädigten ab sofort das zeitgenössische Filmschaffen unseres Landes offen. Die Filmwirtschaft trägt diesen Wandel aus Überzeugung mit. Dies ist ein Meilenstein für die Inklusion im Kultur- und Medienbereich. Auch das filmische Erbe Deutschland soll Hör- und Sehgeschädigten nicht vorenthalten bleiben. Hier will die CDU/CSU-Fraktion gemeinsam mit der Filmbranche nach Lösungen suchen, wie bei der Digitalisierung des Filmberbes Zug und Zug eine barrierefreie Ausstattung finanziert werden kann."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.